



Agitationskommission neuen Typs

Enquete in Brandenburg: Bloßgelegt wurde das Fragwürdige des Aufarbeitungsvorganges selbst.
Von Matthias Krauß

Das Ergebnisdossier der Enquetekommission

Fotos: dpa/Ralf Hirschberger, nd/Wolfgang Frottscher

Ein Vorgang im parlamentarischen Raum hat nicht allein deshalb Sinn, weil er stattfindet. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Und ein Kompromiss ist kein Wert an sich.

Muss in Brandenburg eine parlamentarische Enquetekommission seit 2010 tagen, damit sie diese Binsenweisheiten vor Augen führt? Vor wenigen Tagen beendete der brandenburgische Landtag den umstrittenen Vorgang »Enquetekommission 5/1« mit einer ausführlichen Debatte. Ein vierpündiger Abschlussbericht war zuvor dem Landtagspräsidenten Gunter Fritsch (SPD) übergeben worden. Für jedes Arbeitsjahr ein Pfund. Es hat also, so gesehen, Gewicht, was die Aufarbeitungs-Enquetekommission hinterlassen hat.

Und es ist zunächst auch völlig in Ordnung, wenn zwei Jahrzehnte nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes die Küken gezählt werden. Das inzwischen über beide Ohren verschuldete Land mit seinen über beide Ohren verschuldeten Kommunen hat auf dem weitaus größten Teil seiner Fläche den Einwohnern wirtschaftlich nichts mehr zu bieten. Hinter dem Land liegt ein Eigentumstransfer gigantischen Ausmaßes und allein von Ost nach West. Es spaltet sich in Arm und Reich. Es sichert die eigene Reproduktion auf allen Ebenen nicht mehr. Die wenigen hier geborenen jungen Menschen packen die Koffer. Die Alten bekommen im Schnitt Renten auf Sozialhilfeniveau, der Letzte macht das Licht aus. Von einem selbsttragenden Aufschwung redet kein Mensch mehr, Brandenburg ist davon weiter entfernt als 1990.

Hat die Enquetekommission die Rezepte kritisch bewertet, die dem Land nach 1990 verschrieben wurden? In der Tat – von nichts war sie weiter entfernt als davon. Es klingt wie ein Kalauer, aber es ist keiner: Mit keinem einzigen wirklichen Problem, das in Brandenburg besteht, hat sich diese Kommission befasst. Und praktisch alles, womit sie sich befasst hat, kann man nicht im Ernst als Problem dieses Landes bezeichnen. Insofern hat diese Kommission dem Land bei der Lösung seiner Probleme nicht zur Seite gestanden, sondern diese behindert. Als CDU, FDP und Grüne den Antrag auf Einsetzung stellten, hatten sie zwei Dinge im Blick: Sind die Säuberungen im öffentlichen Dienst nach 1990 möglichst vollständig gewesen? Und haben angesichts des starken Zuspruchs für SPD und LINKE in Brandenburg nicht zu viele Menschen ein unerwünschtes Welt- und Geschichtsbild? Ziel war mithin,

früheren Landesregierungen eine falsche Politik im ideologischen Bereich nachzuweisen. Demokraten wollten über Demokraten zu Gericht sitzen. Und dabei sollte es nicht um »rechtskonform« oder »rechtswidrig« gehen. Nein, um so windige Dinge wie »richtig« oder »falsch«.

SPD und LINKE behandelten dieses abstruse Vorhaben zunächst als das, was es war. LINKEN-Fraktionschef Christian Görke sprach von »Gesinnungs-TÜV«. Weil die Opposition mit einem Drittel der Parlamentarier in der Enquete in Brandenburg überhaupt eine Demokratie gibt. Und gleichsam zähneknirschend rang sich auch die Opposition zum Gemeinplatz durch, dass unterschiedliche Blicke auf die Geschichte möglich sein müssen.

Mit keinem einzigen wirklichen Problem, das in Brandenburg besteht, hat sich diese Kommission befasst. Und praktisch alles, womit sie sich befasst hat, kann man nicht im Ernst als Problem des Landes bezeichnen.

inzwischen West- und Süddeutsche auf allen Ebenen und in allen Feldern des öffentlichen Lebens den Ton angeben. So die angekündigte Ergänzung durch SPD und LINKE.

Nichts davon, sieht man von einem unbeachteten Wirtschaftsvergleich ab, wurde dann wirklich Thema der Enquetekommission. Die Opposition setzte sich mit ihrem Vorhaben durch, vorrangig ideologische Fragen und die Stasi-Thematik in den Mittelpunkt zu rücken. Abgesehen von einem Privatkrieg, den die Grünen gegen die genossenschaftlich strukturierte brandenburgische Landwirtschaft führten: »Ostalgie und Nostalgie müssen die Schwerpunkte sein«. Es begann 2010 ein unglaublicher, mit rechtsstaatlichen Kriterien schwer kollidierender und scheinbar nicht enden wollender Prozess, bei dem Universitäten, Museen, Schulen, Gedenkstätten, Zeitungen, Rundfunk und andere Einrichtungen ihre Gesinnung ausforschen und zensieren lassen mussten. Kriterium war, ob sie den Anforderungen der Aufarbeitung genügen. Der politisch-moralische Tiefpunkt war erreicht.

Und insofern ist die im Abschlussbericht gefundene »Einheit« auf Grundlage der Demokratie – ein Konsens, der nach zum Teil unsäglichen Debatten gefunden wurde – ein völlig belangloser. Aber als Fortschritt muss man ihn schon allein deshalb werten, weil die Opposition vor vier Jahren in ihrem Enquete-Einsetzungsantrag Zweifel daran anmeldete, dass es in Brandenburg überhaupt eine Demokratie gibt. Und gleichsam zähneknirschend rang sich auch die Opposition zum Gemeinplatz durch, dass unterschiedliche Blicke auf die Geschichte möglich sein müssen.

Im Ergebnis wird nun empfohlen, Einrichtungen, die sich einer einseitig-negativen Darstellung der DDR-Geschichte verpflichtet fühlen, mehr Geld zu geben. Das wird die natürlich freuen. Was damit für die Vermittlung eines differenzierten Geschichtsbildes gewonnen ist, bleibt aber unklar. Und das gilt auch für die gesinnungstechnischen »Hilfen«, die künftig Schulen, Museen und anderen Institutionen angeboten werden sollen und bei denen ein jeder sich das Seine denken kann.

Auch war sich die Kommission abschließend einig darin, 25 Jahre nach der Wende weiterhin Landtagsabgeordnete auf eine einstige MfS-Mitarbeit zu überprüfen. Welchen Sinn das haben soll angesichts der Umstände, dass in all den Jahren bekennende einstige IM im Parlament saßen, die ihre Wahlkreise gewonnen und die Demokratie aktiv und tadellos mitgestaltet haben, bleibt schemenhaft. Denn das taten sie durchaus im Unterschied zu so manchem westdeutschen »Aufbauhelfer«, der selbstsüchtig das Bild der Demokratie vor den Brandenburgern nachhaltig herabgesetzt hatte. Auf diesem als Zentralbereich behandelten Feld glaubt die Enquetekommission den ersten Legislaturperioden (»Stolpe-Ära«) Fehler und Versäumnisse vorwerfen zu können – das immer wieder behauptete »Schweigen« in Brandenburg.

Aber das ist, um es mit Helmut Schmidt zu sagen, dummes Zeug. Brandenburg ist Teil eines Rechtsstaats, und niemand war in ihm an Äußerungen gehindert, am allerwenigsten die »Aufarbeiter«. Ein Gegenbeweis dafür ist auch nicht, dass nach der ersten Legislaturperiode eine Regelanfrage für Abgeordnete abgeschafft wurde. Nicht ein befohlenes »Schweigen«, sondern eine andere und zwar rechtsstaatliche Bewertung der Verhältnisse lag dem zugrunde. Fünf Jahre nach der Wende hatte der Landtag einen von allen

Faktionen beantragten Beschluss gefasst, der die Versöhnung in den Vordergrund stellt. Die Gerichte der Bundesrepublik hatten festgestellt, dass es sich bei Stasi-Mitarbeit um keine Straftat gehandelt hat, sondern um moralisch zu wertende Taten. Woher sollten die Landtagsabgeordneten der ersten Legislaturperiode wissen, dass Jahrzehnte später eine solche Eruption ausbrechen würde und die MfS-Zuträger viel länger einen Verfolgungsgrund abzugeben hat als beispielsweise Kindesmissbrauch oder Totschlag? (Denn dafür gibt es Verjährungstermine).

Nicht nur in der verweigerten Versöhnung, Gnade und Barmherzigkeit, sondern im gesamten Herangehen an die erneute Abgeordnetenüberprüfung ist ein umfassender Bruch des Rechtsstaatsgedankens erkennbar, stellte der Anwalt Michael Kleine-Cosack (Freiburg/Breisgau) 2011 in einem Brief an den Landtag fest. Er habe in seiner langjährigen Tätigkeit »eine vergleichbare Summierung von Rechts- und Verfassungsverstößen nicht kennengelernt«. Ausdrücklich und mehrfach sprach der westdeutsche Fachanwalt von »Stasi-Wahn«. Insofern ist der Vorgang »Aufarbeitung«, wie er sich zweieinhalb Jahrzehnte nach der Wende in Ostdeutschland austobt, endlich einmal kritisch zu hinterfragen. Die Kommission hätte sich nicht zu einem Teil dieses Vorgangs machen dürfen, sondern es hätte ihr gut zu Gesicht gestanden, das Fragwürdige zu benennen und diese Abrechnung selbst einmal unter die Lupe zu nehmen.

Wie ist das Ganze aber zu erklären? Die SPD bewies während der Debatte ein stabiles Desinteresse, sieht man von ihrem Streben ab, die Kommission nicht zu einer Verlängerung des einstigen Stolpe-Untersuchungsausschusses zu machen. Bei den LINKEN wechselte das Personal häufig, allein der junge Abgeordnete Peer Jürgens hielt die Stellung. Der Taktik der Opposition (zwei Schritte vorwärts, einen zurück) hatte er nicht immer etwas entgegenzusetzen. Immerhin ist ihm zu danken, dass sich der zum Teil unglaubliche Enquete-Vorgang nicht auch noch mit dem Etikett »wissenschaftlich« schmücken kann.

Neben dem Grünen-Fraktionsvorsitzenden Axel Vogel exponierte sich in der Kommission vor allem Linda Teuteberg (FDP), Medienliebling und Fräuleinwunder der Aufarbeitungsindustrie. Sie stimmte zwar dem Abschlussbericht zu, erklärte ihn aber für »weichgespült«. Und doch blieb es einzig Politikern von Teutebergs FDP

vorbehalten, angemessene Worte für das Treiben in der Enquetekommission zu finden. Landesvorsitzender Gregor Beyer erklärte vor dem Landesparteitag: »Was wir dringend brauchen, ist eine Aufarbeitung unserer Geschichte durch die, die was davon verstehen, nämlich durch Historiker. Was wir in der Enquetekommission erleben, ist in der Tat sehr weitgehend tagespolitischer Schlagabtausch und damit Unfug«. Der erste Nachwende-Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein erklärte öffentlich bei einer Buchvorstellung im Landtag: »Was mich bei dem Unternehmen Enquete 5/1 besonders erbost hat, ist die Tatsache, dass dadurch ein Bild von der ersten Legislaturperiode nach der Wende vermittelt werden soll, das die damalige Wirklichkeit auch nicht annähernd widerspiegelt. Und das ist ein beabsichtigter Kollateralschaden.« Nach der bislang offenen Logik der Abgeordneten Teuteberg müsste sie nun ihre eigene Partei als letzten Hort von Ostalgie und Verbrechenverschweigung verurteilen. Warum tut sie das nicht?

Kommen wir zu einem Punkt, der in der Arbeit wirklich als vernünftig anzusehen wäre, obwohl im Grunde aber auch dieser Punkt das Versagen der Enquetekommission markiert. Festgestellt wurde von ihr, dass Opfer der DDR heute unter zum Teil elenden, erbarmungswürdigen Verhältnissen leben und ihnen nicht die gebührende Anerkennung zuteil wird. Dass für diesen Skandal 20 Jahre nach der Wende nicht die SED oder das MfS verantwortlich sind, sondern jene Parteien SPD, CDU, FDP und Grüne, die in den vergangenen Jahrzehnten auf Landes- und Bundesebene die Politik bestimmten und Änderungen in der Hand hatten, wurde von ihren Vertretern in der Kommission eingeräumt – wenn auch zerknirscht. Jedenfalls lautet die (zweifelhafte) Empfehlung im Abschlussbericht, dass diesen Hilfsbedürftigen der Zugang zu Unterstützung eröffnet oder mindestens erleichtert werden müsse. Das war der am wenigsten strittige Punkt und hätte im Übrigen auch keiner Enquetekommission bedurft. Im Gegenteil, durch die gewählte Form ist eine wirkliche Hilfe für notleidende Menschen sogar noch jahrelang verschleppt worden. Und die Feststellung, dass es auch ein Skandal ist, wenn überhaupt Menschen in Brandenburg unter so armseligen Bedingungen leben müssen, hätte der Kommission noch eine Art Gesichtswahrung gestattet. Aber wir wollen ja nicht gleich nach den Sternen greifen.

Geschichte

Die Enquetekommission zur »Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg« wurde 2010 eingesetzt. Anlass war, dass zwei Abgeordnete der LINKEN nicht beziehungsweise nicht ausreichend ihre frühere inoffizielle Tätigkeit für das MfS offenbart hatten.

Geplant war, sich umfänglich mit dem »Transformationsprozess« und den »Elitenwechsel« zu befassen, wie sie nach 1990 in Brandenburg stattfanden. Die Enquetekommission 5/1 setzte sich aus Abgeordneten aller Fraktionen und von ihnen benannten Experten zusammen. Aufgenommen wurde ebenfalls die erste Brandenburger Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe. Sieben Arbeits- und Themenkreise wurden gebildet.

In vierjähriger Kommissionsarbeit fanden 40 Sitzungen statt, auf denen 30 Gutachten vorgestellt und diskutiert wurden. 77 Sachverständige kamen zu Wort.

Vor allem in den ersten beiden Dritteln der Enquetetätigkeit bestimmten Spannungen und gegenseitige Vorwürfe das Arbeitsklima. Die Kommission musste sich erst zum Standpunkt durchringen, dass Bewertungen zu treffen seien, »ohne andere Sichtweisen auszuschließen«. Die Arbeit wurde auch dadurch belastet, dass die Mitglieder der Kommission vor allem im politischen Bereich extrem häufig ausgetauscht wurden. Mit einer Gegenstimme wurden im März 2014 der Abschlussbericht und die Handlungsempfehlungen angenommen. mk



Matthias Krauß, Jahrgang 1960, ist Publizist und Journalist und lebt in Potsdam. Er veröffentlichte die Bücher »Der Wunderstaat – richtige Geschichte aus einem falschen Leben«, »Das Mädchen für alles – Angela Merkel, ein Annäherungsver-such«, »Völkermord statt Holocaust – Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR«, »Die Partei hatte manchmal Recht«. Sein jüngstes Buch »Die Kommission« setzt sich mit der Arbeit der Enquetekommission im Brandenburger Landtag über die Nachwendejahre auseinander.